

**DEPARTEMENT  
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

**EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME**

*Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.*

**Details**

Name der eAnhörung	Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) Änderung
PDF-Dokument generiert am	22.12.2022 09:59
Stellungnahme von:	SP Kanton Aargau

## **FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG**

### **Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG); Änderung**

#### **Anhörungsdauer**

Die Anhörung dauert vom 23. September 2022 bis 23. Dezember 2022

#### **Inhalt**

Die vorliegend vorgeschlagene Revision des Polizeigesetzes dient der Umsetzung von wichtigem und dringendem Anpassungsbedarf am kantonalen Polizeirecht. Die heute in der Übergangsverordnung zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus vom 19. Januar 2022 geregelten Aufgaben der Kantonspolizei im Bereich der Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten sollen unverändert ins Polizeigesetz übernommen werden. Zudem beinhaltet die Anhörungsvorlage unter anderem den Vorschlag zur Umsetzung der vom Grossen Rat am 5. November 2019 als Postulat überwiesenen (19.114) Motion Martin Keller, SVP, Obersiggenthal, Josef Bütler, FDP, Spreitenbach, und Rolf Jäggi, SVP, Egliswil (Sprecher), vom 7. Mai 2019 betreffend Verhinderung von automatischen Verkehrsüberwachungsanlagen (AVÜ) auf Kantonsstrassen..

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter [www.ag.ch/anhörungen](http://www.ag.ch/anhörungen).

#### **Auskunftsperson**

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

##### **KANTON AARGAU**

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Rudolf Moos

juristischer Mitarbeiter

Generalsekretariat

062 835 14 14

[rudolf.moos@ag.ch](mailto:rudolf.moos@ag.ch)

## Angaben zu Ihrer Stellungnahme

### Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

### Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	SP Kanton Aargau
E-Mail	sekretariat@sp-aargau.ch

### Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

*Bitte notieren*

Vorname	Lelia
Nachname	Hunziker
E-Mail	lelia.hunziker@ag.grossrat.ch

## Fragen zur Anhörungsvorlage

### Frage 1

Sind Sie damit einverstanden, dass die heute in der Übergangsverordnung zum Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus vom 19. Januar 2022 geregelten Aufgaben der Kantonspolizei unverändert ins Polizeigesetz überführt werden (§ 3 Abs. 1 lit. k und n PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☒ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

### Bemerkungen zur Frage 1

Die SP steht diesen Massnahmen kritisch zustimmend gegenüber. Wir anerkennen im Bereich von präventiv-polizeilichen Massnahmen zur Verhinderung von terroristischen Straftaten durchaus einen gewissen gesetzgeberischen Handlungsspielraum. Dabei gilt es zu beachten, dass alleine durch präventiv-polizeiliche Massnahmen eine terroristische Gefährdung nicht gänzlich beseitigt werden kann. Vielmehr braucht es zusätzlich Präventionsarbeit. Für die SP steht bei Grundrechtseingriffen zur Terrorismusbekämpfung jeweils eine Verbesserung der objektiven Sicherheit der Bevölkerung, ohne unverhältnismässige Einschränkungen für die von solchen Massnahmen Betroffenen im Zentrum. Zudem muss die Gefährdung bewiesen und hoch sein, es muss also ein hohes Risiko bestehen, dass eine potenziell gefährliche Person eine terroristische Straftat begehen wird. Es ist deshalb zu prüfen, ob Lit. 1 "die Antragstellung für Massnahmen zur Verhinderung terroristischer Aktivitäten gemäss Art. 23i BWIS" zu streichen ist, da die Definition von Terrorismus im BWIS aus Sicht der SP zu weit gefasst ist und es so zu einer Unverhältnismässigkeit kommt. Zudem müssen soziale, integrative und therapeutische Massnahmen geprüft und ergriffen werden. Die Massnahmen dürfen nur eine gewisse Zeit vorgenommen werden.

### Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass die Personensicherheitsprüfung von Angehörigen der Kantonspolizei und der Polizeikräfte der Gemeinden (Regionalpolizeien) im Polizeigesetz geregelt wird (§§ 18b–18e PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☒ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen

- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

### **Bemerkungen zur Frage 2**

Die Polizei hat das Gewaltmonopol inne und es ist deshalb zwingend und richtig, dass die Personen, die dieses Gewaltmonopol ausführen, regelmässige und gute Sicherheitsprüfungen durchlaufen. Dabei dürfen jedoch die Persönlichkeitsrechte der Polizistinnen und Polizisten nicht beschnitten werden und die Prüfung muss auch hier Verhältnismässig sein

### **Frage 3**

Sind Sie damit einverstanden, dass die Ausschreibung im Schengener Informationssystem mit der Ausschreibung zum Zweck der Ermittlungsanfrage ergänzt wird (§ 33 Abs. 1bis PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☒ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

### **Bemerkungen zur Frage 3**

Die SP ist kritisch zustimmend. Eine solche Prüfung darf durch bei einer erhöhten Gefährdungslage beantragt werden. Freiheits- und Persönlichkeitsrechte müssen gewährt werden.

### **Frage 4**

Sind Sie damit einverstanden, dass die Polizeikräfte der Gemeinden (Regionalpolizeien) die Strassen innerorts und die Gemeindestrassen ausserorts zur Verhinderung und Erkennung von Übertretungen von Fahrverboten optisch-elektronisch überwachen dürfen (§ 36a Abs. 1bis PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☒ völlig dagegen

☐ keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 4

Die systematische optisch-elektronische Überwachung von Strassen betrifft nicht einzelne Personen, die Übertretungen machen, sondern zahlreiche und unbeteiligte Personen. Sie führt zu einer Ausweitung der Überwachung der Einwohnerinnen und Einwohner und ist ein Eingriff in die Freiheitsrechte. Die Prävention alleine rechtfertigt aus Sicht der SP den Eingriff in die Freiheitsrechte der Einzelnen nicht. Zudem muss im Fall der Umsetzung die Löschung der Daten sichergestellt werden.

#### Frage 5

Sind Sie damit einverstanden, dass die mittels Systemen zur automatischen Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung (AFV) erfassten Kontrollschilder mit Listen von Kontrollschildern von Fahrzeugen, deren Halterinnen und Halter auf einer mit einem Fahrverbot belegten Strasse fahrberechtigt sind, abgeglichen werden dürfen (§ 36b Abs. 2 lit d PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☒ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

#### Bemerkungen zur Frage 5

Der systematische Abgleich mit Fahrzeugen ist ein Eingriff in die Privatsphäre von Einwohnerinnen und Einwohner. Sie führt zu einer Ausweitung der Überwachung der Einwohnerinnen und Einwohner und ist ein Eingriff in die Freiheitsrechte. Es ist nicht verhältnismässig, alle Kontrollschilder immer zu prüfen. Es ist eine übermässige Überwachung verbunden mit einer riesigen Datensammlung.

#### Frage 6

Sind Sie damit einverstanden, dass die mittels AFV-Systemen erhobenen Daten mit den Polizei-, Strassenverkehrs- und Zollbehörden des Bundes sowie den Polizeibehörden anderer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein ausgetauscht werden dürfen (§ 36b Abs. 3bis PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden

- ☐ eher dagegen
- ☒ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 6**

Das systematische Sammeln und Austauschen von Daten ist ein unverhältnismässiger Eingriff in die Privatsphäre der Einwohnerinnen und Einwohner.

#### **Frage 7**

Sind Sie damit einverstanden, dass der Einsatz von stationären Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungsanlagen zur Überwachung und Kontrolle des fliessenden Strassenverkehrs einer Bewilligungspflicht unterstellt wird (§ 36c Abs. 1 PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☒ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 7**

Die Beschränkung ist nur auf Sicherheitsaspekt eingeschränkt, es müssen auch Lärm und Luftfreihalteaspekte miteinbezogen werden. So lange es das duale System gibt, gibt es keine Anlass in diesem Fall eine Ausnahme zu machen und die Entscheidung dem Regierungsrat zu übertragen. Insbesondere da vor allem die lokale Bevölkerung von den Verkehrsverletzungen betroffen sind.

#### **Frage 8**

Im Fall der Einführung der Bewilligungspflicht von stationären Geschwindigkeits- und Rotlichtüberwachungsanlagen zur Überwachung und Kontrolle des fliessenden Strassenverkehrs: Sind Sie mit den vorgeschlagenen Voraussetzungen für eine solche Bewilligung einverstanden (§ 36c Abs. 3 PolG)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen

- ☒ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 8**

Für die SP ist der Fokus ausschliesslich auf die Verkehrssicherheit ungenügend. Lärm und Luftreinhaltung müssen mitbeurteilt werden. Es gibt eine Priorisierung von mobilen Verkehrskontrollen gegenüber stationären Überwachung, diese ist jedoch effizienter. Aufgrund der sehr knappen Ressourcen in der Polizei des Kantons Aargau ist deshalb die stationäre Überwachung vorzuziehen, so das knappe Personal möglichst sinnvoll eingesetzt werden kann. Die SP begrüsst eine regelmässige Überprüfung.

#### **Frage 9**

Sind Sie damit einverstanden, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) der Kantonspolizei auf begründetes Gesuch hin Einsicht in Unterlagen des Verfahrens gewährt, wenn dies für die Wahrnehmung der Aufgaben der Polizei im Bereich des Bedrohungsmanagements erforderlich ist und der Einsicht keine überwiegenden Interessen entgegenstehen (§ 40 Abs. 3 EG ZGB)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☒ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 9**

Die SP begrüsst die Zusammenarbeit. Die Verhältnismässigkeit und die Freiheitsrechte müssen jedoch immer gewährt und beachtet werden.

#### **Frage 10**

Sind Sie damit einverstanden, dass die urteilende Behörde der Kantonspolizei rechtskräftige Entscheide, die gestützt auf die Waffengesetzgebung ergangen sind, mitteilen muss (§ 24 Abs. 1 EG StPO)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden



- ☒ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 10**

Die SP begrüsst die Zusammenarbeit. Die Verhältnismässigkeit und die Freiheitsrechte müssen jedoch immer gewährt und beachtet werden. Die SP regt an, dass sich die Herausgabe der Entscheide auf Widerhandlung gegen das Waffengesetz beziehen. Die vorgesehene Bestimmung von § 24 Abs 1 EG StPO könnte auch so ausgelegt werden, dass alle Entscheide, in denen es auch eine Verurteilung wegen des Waffengesetzes gibt an die Polizei zu übermitteln wären. Dies wäre völlig unverhältnismässig. Die SP regt deshalb eine Präzisierung von § 24 Abs. 1 EG StPO im folgenden Sinne an: "... sowie der Waffengesetzgebung ergangen sind, in Bezug auf diese Strafbestimmungen, den dafür zuständigen Vollzugsbehörden mit."

#### **Frage 11**

Sind Sie damit einverstanden, dass die Staatsanwaltschaften der Kantonspolizei auf begründetes Gesuch hin Einsicht in Unterlagen des Strafverfahrens gewähren, wenn dies für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kantonspolizei im Bereich des Bedrohungsmanagements erforderlich ist (§ 24 Abs. 3bis EG StPO)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☒ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

#### **Bemerkungen zur Frage 11**

Die SP begrüsst, dass die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei enger, niederschwelliger und somit auch besser und effizienter wird. Andererseits müssen auch die Staatsanwaltschaften Zugriff auf die Polizeiakten haben. Die SP regt an, dass ein Kontrollmechanismus eingerichtet werden, so dass es eine Beurteilung der Bedrohung durch Staatsanwaltschaften, Gerichte und Strafvollzugsbehörden gibt. Die SP regt deshalb an dass §24 Abs. 3bis EG StPO wie folgt formuliert werden: "...und die Strafvollzugsbehörden können der Kantonspolizei auf begründetes Gesuch hin, Einsicht ... gewähren."

### Frage 12

Sind Sie damit einverstanden, dass die Staatsanwaltschaften die Anklageschriften, in denen Ausländerinnen und Ausländer als beschuldigte Personen bezeichnet sind, zum Zeitpunkt der Anklageerhebung dem Amt für Migration und Integration Kanton Aargau (MIKA) zustellen müssen (§ 24 Abs. 6 EG StPO)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☐ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☒ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

### Bemerkungen zur Frage 12

Eine systematische Zustellung aller Anklagen gegen Ausländerinnen und Ausländer ist übertrieben und unverhältnismässig. Das MIKA muss wissen, ob eine Landesverweisung droht. Gerade in Sexualstraftatdelikten ist es stossend, wenn die Umstände und Details der Anklage vollständig umschrieben werden müssen und ans MIKA weitergereicht werden.

### Frage 13

Sind Sie damit einverstanden, dass die Gerichte Urteilsdispositive, in welchen eine Landesverweisung angeordnet wird, zum Zeitpunkt der Eröffnung dem MIKA zustellen müssen (§ 24 Abs. 7 EG StPO)?

*Bitte wählen Sie eine Antwort aus:*

- ☒ völlig einverstanden
- ☐ eher einverstanden
- ☐ eher dagegen
- ☐ völlig dagegen
- ☐ keine Angabe

### Bemerkungen zur Frage 13

Für den Vollzug des Gerichtsentscheids ist das unabdingbar.

Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

## Schlussbemerkungen